VR-07 (V-103)-117-2 Migrations- und Asylpolitik: Zurück zur Vernunft

Antragsteller*in: Jens Marco Scherf (KV Miltenberg)

Änderungsantrag zu VR-07 (V-103)

Von Zeile 116 bis 118 einfügen:
Nur gemeinsam mit unseren europäischen Partnern werden wir die richtigen
Antworten auf die Herausforderungen von Flucht und Migration finden. Unser Leitgedanke bleibt, dass im
Mittelpunkt europäischer Politik der Mensch in seiner Würde und Freiheit stehen

Von Zeile 121 bis 140:
fliehen, in allen EU-Staaten willkommen sind und eine Perspektive haben. Auch
die internationale Zusammenarbeit, Fluchtursachenbekämpfung, ~~Krisenprävention oder~~Krisenprävention, humanitäre Hilfe ~~gelingt~~, Steuerung von Migration sowie Rückführungsmanagement gelingen am besten, wenn sie europäisch organisiert ~~wird~~werden. ~~Vor einigen Monaten wurde~~Deshalb ist es gut, dass wir nach Jahren des Stillstands die Reform des EU-Asylsystems beschlossen haben. ~~Ob diese Reform etwas verbessern wird, ist nicht ausgemacht, aber es~~Hierdurch ist ~~möglich. Denn das größte Problem europäischer~~der Grundstein für eine geordnete und faire europäische Asylpolitik ~~ist~~gelegt, die die fehlende Rechtsdurchsetzung
und mangelnde Solidarität zwischen den EU-Staaten ~~im~~in der Aufnahme von und dem menschenwürdigen Umgang ~~mit Geflüchteten~~mi Geflüchteten beenden soll. Wir werden uns weiter für Verbesserungen auf Europäischer ~~Ebene~~
Eben einsetzen, aber die Rechtsakte müssen nun ~~wie jedes Recht~~schnellstmöglich umgesetzt werden. ~~Die Reform droht jedoch zu scheitern, schon bevor sie im Juni 2026~~Hierbei werden wir in ~~Kraft tritt~~Deutschland mit bestem Beispiel vorangehen.
~~Deswegen~~ Gleichzeitig wollen wir ~~bereits jetzt die Umsetzung beschleunigen~~auch andere Mitgliedsstaaten bei der schnellen und effektiven Umsetzung unterstützen. zudem wollen wir bereits vor dem Inkrafttreten 2026[Leerzeichen]ins Handeln
kommen. Schon jetzt sollte von den Außengrenzstaaten eine systematische und rechtsstaatliche Registrierung der Schutzsuchenden sowie eine rechtsstaatliche Kontrolle der Außengrenzen eingefordert werden. ~~Im~~
Im Gegenzug sollte eine Unterstützung bei der Aufnahme von ~~Schutzsuchenden~~ Schutzsuchenden angeboten werden. Nur so, werden wir dauerhaft eine bessere Verteilung in Europa und rechtsstaatlich kontrollierte Außengrenzen sicherstellen können und
Pushbacks verhindern. Da aufgrund der fehlenden Durchsetzung geltenden EU-Rechts ohnehin bereits heute viele Menschen unregistriert und auf ~~unwürdigen Routen sowieso~~unter menschenunwürdigen Bedingungen nach Deutschland kommen ~~und trotzdem bereits einige Male mit oder ohne Gewalt an Außengrenzen zurückgewiesen wurden,~~ würden selbst durch eine
maßgebliche Zusage der Binnenstaaten bei der Aufnahme unter dem Strich nicht

Von Zeile 142 bis 147:
sollte Deutschland eine relevante Zusage zur Aufnahme schon im nächsten Jahr ~~zusagen~~machen und andere Staaten zum Mitziehen auffordern. ~~Eine~~Um sicherzustellen, dass hierdurch nicht mehr Menschen nach Deutschland kommen, muss die Aufnahmezusage ~~kann~~

~~beispielsweise~~ daran gekoppelt werden, ~~ob weiterhin~~dass nichtweiterhin unregistrierte Personen an der deutschen Grenze ankommen, die schon in anderen EU-Staaten waren. Für jede unregistrierte Person an der Binnengrenze ~~könnte~~muss das Kontingent entsprechend reduziert werden, um die Anreize zur Registrierung hoch zu halten. So könnte schon im

Von Zeile 151 bis 153 einfügen:
des GEAS gelingen kann: Mehr Unterstützung für Außengrenzstaaten auf der einen Seite, rechtsstaatliche Kontrolle an den und mehr Schutz der Außengrenzen auf der anderen Seite. So können wir den Binnenmarkt und die Reisefreiheit schützen und dafür sorgen, dass

Begründung

Mit den Änderungen und konkreteren Hinweisen zur Umsetzung verdeutlichen wir, dass wir Grüne tatsächlich bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und den Weg hin zu einem geordneten und humanitären Ansprüchen gerecht werdenden System konkret benennen können.

weitere Antragsteller*innen

Marvin Heimrich (KV Aschaffenburg-Land); Manuela Rottmann (KV Bad Kissingen); Sebastian Pewny (KV Bochum); Robert Dietz (KV Nürnberg-Stadt); Konstantin Götschel (KV München); Michael Joukov (KV Ulm); Frank Wigger (KV Nürnberg-Stadt); Sonja Lohf (KV Bochum); Gabriele C. Klug (KV Frankfurt); Marcel Gauger (KV Ludwigsburg); Joachim Gutsche (KV Bottrop); Michael Jahn (KV Esslingen); Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Monika Katharina Mertens (KV Rhein-Erft-Kreis); Uwe Janssen (KV Esslingen); Johannes F. Kretschmann (KV Sigmaringen); Bennet Müller (KV Aalen-Ellwangen); Sebastian Schäfer (KV Esslingen); Susanne Zissel (KV Berlin-Spandau); sowie 33 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.